

## Markus Mathis

Schulraum ist nicht nur in der Gemeinde Reiden ein wiederkehrendes Thema. Aber eins, das hier mit besonderer Vorsicht angepackt wird. Denn zum einen hat Reiden mit dem Schulhaus Mitte eben erst einen Neubau errichtet. Das war 2018 nicht unumstritten, weil der Bau Geld kostete und Reiden verschuldet ist. Zum andern ist die Schule ein positiver Standortfaktor, bei dem Reiden vieles gut und einiges besser macht als andere. Die Schule hat einen guten Ruf in Lehrerkreisen und sie ist nach wie vor auch in allen kleinen Gemeindeteilen präsent.

Die Frage, ob Reiden neuen Schulraum braucht – wo und wie viel – steht dennoch wie ein Elefant im Raum. Denn die Gemeinde ist schnell gewachsen, hat seit den Nullerjahren einen Fünftel mehr Einwohner gewonnen, wie eine Studie der Hochschule Luzern aus dem Jahre 2022 zum Thema nachzeichnet.

## Es entstehen viele neue Familienwohnungen

Heuer und im kommenden Jahr kommen wegen der aktuell hohen Bautätigkeit in Reiden viele neue Wohnungen auf den Markt. Ein beträchtlicher Teil davon ist so gross, dass er für Familien geeignet ist. Zudem zeigt eine Analyse der Wanderungsbewegungen, dass generell mehr Kinder zuziehen als wegzügelten. Der demografische Wandel findet auch in Reiden statt, aber in dem Sinne, dass der Anteil der Allerältesten der Gesellschaft steigt. Der Anteil der Kinder unter zehn Jahren sinkt aber nicht und die Geburtenzahlen der Reiderinnen und Reider bleiben seit Jahren hoch.



Einsegnung des neuen Schulhauses Mitte in Reiden im Jahr 2020. Da die Gemeinde viele Schulstandorte unterhält und ausserdem weiter schnell wächst, muss auch erneut über die Schulraumfrage gesprochen werden. Bild: ben

## Schulraum gibt wieder zu reden

Mehr Einwohner durch Wachstum heisst mehr Kinder und mehr Schüler, die Platz brauchen: In Reiden gibt es akuten Diskussionsbedarf.

Kurz: Die Gemeinde bleibt attraktiv für Familien – die Kinder gehen dann natürlich auch zur Schule. Die Studie leitete in einer Modellrechnung allein aufgrund der Wohnbautätigkeit den Bedarf zur Schaffung von

mehreren neuen Klassen ab. Die Wirklichkeit präsentiert sich heute so, dass die Verantwortlichen davon ausgehen, dass die Zahl von derzeit 840 Schülern in der Gemeinde bis in fünf Jahren auf 950 ansteigen wird, wie

der zuständige Gemeinderat Bruno Geiser (SVP) auf Anfrage sagte.

Über die steigenden Schülerzahlen, die Tatsache, dass neue Unterrichtsformen ebenfalls eine Auswirkung auf den

Schulraumbedarf haben, und der Betreuungsbedarf der Kinder ausserhalb der Schulzeiten ansteigt, hat sich der Gemeinderat vergangenes Jahr den Kopf zerbrochen, eine Beratungsfirma hinzugezogen und unter Ein-

bezug der Reider Schulleitung, der Bildungskommission und der Ortsparteien eine Auslegung gemacht.

Die Lösungsmöglichkeiten hat er im laufenden Jahr eingedampft und will sie am 19. November in der Reider «Sonne» in einer «Informations- und Dialogveranstaltung» der Bevölkerung näherbringen. Die hat in der Folgezeit die Möglichkeit, am Prozess mitzuwirken und sich einzubringen.

## Planungskredit ist im Budget 2025 vorgesehen

Über die konkreten Absichten des Gemeinderats, in dem seit September die IG Reiden nicht mehr vertreten ist, ist öffentlich noch nichts bekannt. Entsprechende Unterlagen werden erst an der Veranstaltung publik. Im Einladungsschreiben, das bereits zirkuliert, heisst es, es seien «verschiedene Lösungsansätze möglich». Es werde in der Verantwortung des Gemeinderates liegen, eine mehrheitsfähige Lösung zu entwickeln, er suche aber erst die Diskussion und wolle «möglichst viele Meinungen abholen».

Zwei Wochen später wird an der Gemeindeversammlung über das Budget 2025 abgestimmt – darin enthalten soll auch ein Planungskredit für die Schulraumfrage sein. Die Botschaft zum Budget zeigt, in welche Richtung es gehen könnte: Demnach würden 400 000 Franken für einen Schulbau in Reiden eingestellt, 200 000 Franken sind für die Planung und den Umbau des Schulhauses Langnau budgetiert, wo Grundrissanpassungen vorgesehen sind.

## Information und Dialog

19. November, 19.30 Uhr, Saal Restaurant Sonne, Reiden.

## Pfarreimitglieder genehmigen die Vereinbarung zur Kollaturablösung

Kirchgemeindeversammlung der Pfarrei St. Urban: Weil der Kanton ein uraltes Dekret kündigt, stehen für die örtlichen Katholiken grosse Veränderungen an.

Am vergangenen Sonntag fand nach dem Gottesdienst die Kirchgemeindeversammlung der Pfarrei Maria Himmelfahrt St. Urban statt. Zum ersten Mal wurde dieser Anlass nicht im Pfarreisaal durchgeführt, sondern in einem barrierefreien Raum des Klosters.

Kirchenratspräsident Konrad Bucheli blickte auf das Kirchenjahr zurück. Sepp Hollinger konnte im August auf 20 Jahre Tätigkeit als Diakon in St. Urban zurückblicken. Dieses freudige Ereignis wurde getrübt durch die Demission von Edith Pfister, der Pastoralraumleiterin des Pastoralraumes Pfaffnerntal, Wiggertal, Rottal.

Über eine grosse Veränderung in der Kirchgemeinde St. Urban wurde der Kirchenrat im Februar durch den Regierungsrat des Kantons Luzern informiert. Das seit der Auflösung des Klosters 1848 bestehende Dekret zur Kollaturverpflichtung des Kantons gegenüber der Pfarrei Maria Himmelfahrt St. Urban wird per Ende 2024



Die Klosterkirche von St. Urban dient als Pfarrkirche. Bild: zvg

abgelöst – auch wenn der Kantonsrat dem noch zustimmen muss.

Im September konnte die Vereinbarung zu dieser Ablösung in Luzern von Regierungsrat Armin Hartmann und Kirchenratspräsident Konrad Bucheli unterzeichnet werden, nachdem eine Abgeltungssumme, die aus den zu erwartenden Aufwendungen der Kirchgemeinde errechnet wird, ausge-

handelt wurde. Diese Vereinbarung zur Kollaturablösung wurde an der Kirchgemeindeversammlung gutgeheissen.

## Mehr Wortgottesdienste durch Laien

Kirchmeierin Beatrix Imbach informierte die Anwesenden über die Finanzen der Kirchgemeinde. Das Budget 2025 der Kirchgemeinde, das erstmals nach den Vorgaben der Landeskirche

erstellt werden musste, wurde von den anwesenden Pfarreimitgliedern genehmigt – ebenso das Budget 2025 des Pastoralraumes.

Sepp Hollinger informierte im Anschluss über bedeutende Veränderungen in der Seelsorge. Da die Stelle der Pastoralraumleitung immer noch vakant ist und es an Seelsorgepersonal mangelt, sollen vermehrt Wortgottesdienste stattfinden, welche auch von Laien vorbereitet und durchgeführt werden können.

Am 20. September fand im Restaurant Urbano ein Dankesanstoss für die freiwilligen Helferinnen und Helfer der Pfarrei statt, die im Hintergrund wertvolle Arbeit leisten. In Zukunft wird die Pfarrei noch vermehrt auf diese uneigennütigen Dienste angewiesen sein. Im vergangenen Kirchenjahr wurde in der Klosterkirche eine Kindercke eingerichtet, die von Kindern in den Gottesdiensten immer wieder gerne aufgesucht wird und Kurzweil bereitet. (bi)

## Luzerner Kirchenparlament gibt Gelder ans Bistum frei

Die Synode möchte aber den Druck zur Aufarbeitung des Missbrauchsskandals hochhalten, teilte sie mit.

Die römisch-katholische Kirche des Kantons Luzern überweist bisher gesperrte Gelder an das Bistum Basel. Dies hat die Synode – das Parlament der Landeskirche – am Mittwoch beschlossen.

Das Kirchenparlament entschied, die bisher gesperrte zweite Hälfte ihres Bistumsbeitrags auszuzahlen, wie die Kirche am Mittwochabend mitteilte. Der Betrag beläuft sich auf 442 000 Franken. Die Synode wolle damit den Bischof unterstützen, den Druck aber aufrechterhalten, hiess es weiter.

Als Reaktion auf die Missbrauchsfälle hatte das Kirchenparlament vor rund einem Jahr eine Kommission eingesetzt und beschlossen, die Hälfte des Luzerner Beitrags an die Bistumsfinanzierung 2024 zurückzubehalten, bis mehrere Forderungen erfüllt seien.

Zu den Forderungen gehörte, dass eine unabhängige Untersuchung zu den Vorfällen stattfindet, eine unabhängige Meldestelle geschaffen wird und keine Akten mehr vernichtet werden. Zudem müsse die Kirche von ihrer «lebensfeindlichen und homophoben Sexual-



Erhält eine Nachzahlung aus dem Kanton Luzern: Felix Gmür, Bischof von Basel, beim Gebet. Bild: Gian Ehrenzeller/Keystone

moral» abrücken, hiess es weiter. Eine Sonderkommission des Luzerner Kirchenparlaments hatte in einem Zwischenbericht festgestellt, dass die Forderungen nur teilweise erfüllt wurden. Insbesondere mit dem Begehren, die Archive der päpstlichen Nuntiatur zu öffnen, beisst die Landeskirche auf Granit. Eine unabhängige Meldestelle ist immer noch nicht eingerichtet, aber auf gutem Weg. Die Errichtung eines kirchlichen Strafgerichtshofs wurde zum Teil umgesetzt. (sda/zt)